

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Feber 1952

Die Unterredung des Aussenministers mit dem Korrespondenten der  
"New York Times"

---

Die Antwort Dr. Grubers auf eine Anfrage des Linksblocks

363/A.B.

zu 407/J

Anfragebeantwortung

Eine Anfrage der Abg. Ernst F i s c h e r und Genossen, betreffend den Inhalt der Unterredung des Aussenministers mit dem Chefkorrespondenten der amerikanischen Zeitung "New York Times", hat Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. G r u b e r in folgender Weise beantwortet:

"Die Unterredung mit dem Korrespondenten der 'New York Times',  
hatte nicht den Charakter eines Interviews -  
Herrn Mac Cormac, hatte also nicht die Absicht zum Gegenstand, Erklärungen des Aussenministers zu publizieren, sondern diente der allgemeinen Information über die österreichische Auffassung der politischen Lage. Eine solche wird von Zeit zu Zeit durch Zeitungsleute angestrebt, um einen allgemeinen Hintergrund für ihre Berichterstattung zu gewinnen. Es entspricht nicht den Gepflogenheiten, den Inhalt derartiger Unterredungen der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Wenn im folgenden ausnahmsweise von diesem Grundsatz abgegangen wird, so deshalb, um den Herren Fragestellern Gelegenheit zu geben, in diesem Zusammenhang erfolgte Entstellungen auf Grund der folgenden Mitteilungen in der kommunistischen Presse zu berichtigen:

Auf die Frage des Korrespondenten, was wir von der neuesten sowjetischen Taktik hielten, war meine Antwort, dass wir darin die schwerste Brückierung sehen müssten, die bisher von sowjetischer Seite in der Frage des österreichischen Staatsvertrages begangen wurde. Dem sowjetischen Vertreter hätte selbstverständlich freigestanden, in London zu diskutieren, was immer er für gut hielt, ein Recht, das der sowjetischen Vertreter auch in der Vergangenheit in Anspruch genommen habe. Daraus jedoch Bedingungen für das Erscheinen am Konferenztisch zu konstruieren, stelle ein Novum dar, aus dem man nur den Schluss ableiten könne, die Sowjetunion habe trotz entgegenstehender Erwartungen offensichtlich kein Interesse, zur allgemeinen Entspannung beizutragen.

Der Korrespondent stellte die weitere Frage, was wir im folgenden zu tun gedächten. Meine Antwort auf diese Frage war, dass wir angesichts dieser massiven sowjetischen Taktik auch keinerlei Ursache sehen würden, unsone

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Februar 1952

die Dinge nunmehr nicht beim richtigen Namen zu nennen. Darüber hinaus bestärke mich die sowjetische Taktik in meiner Annahme, dass die Befassung einer internationalen Schiedsinstanz, also der Vereinten Nationen mit der Österreich-Frage wohl in absehbarer Zeit unvermeidlich sein würde. Wir erwarten, dass wir in diesem Bestreben gegebenenfalls von der öffentlichen Meinung in aller Welt unterstützt würden. Die Verzögerung einer so naheliegenden Aktion sei berechtigt, solange man den vernünftigen Glauben hegen könne, dass die Stellvertreterkonferenz ein geeignetes Diskussionsforum sei. Sollte jedoch dieser Glauben durch die sowjetische Weigerung zu weiteren Besprechungen erschüttert werden, so müsste dies die anderen Mächte veranlassen, nach einer neuen Diskussionsbasis zu suchen. Ich versäumte nicht, mein Bedauern darüber auszudrücken, dass leider wieder einmal jene Leute recht gehabt hätten, deren Einschätzung der politischen Lage auf die einfache Formel gebracht werden könne: "Mit den Sowjets kommst du zu nichts!"

Auf die Frage des Korrespondenten, ob daraus der Schluss abzuleiten sei, dass sich auch örtlich eine weitere Verschärfung durch Aktionen sowjetischer Stellen ergeben könnte, war meine Antwort eine rundweg verneinende. Der Grund hierfür sei insbesondere darin zu sehen, dass der gegenwärtige Zustand auch für die Sowjetunion profitabler sei als eine Politik der Verschärfung, die zur Teilung des Landes führen könne. Nicht nur sei es die wirtschaftliche Ausbeutung der Ostzone, die ohne Anlieferungen aus dem Westen kaum durchgeführt werden könne, sondern auch der Umstand, dass der gegenwärtige Zustand Österreich völlig abgerüstet lasse, während im gegenteiligen Falle das militärische Vakuum eventuell aufgefüllt würde. Daher seien wir der Meinung, dass sich der gegenwärtige Zustand auch weiterhin als stabil erweisen werde, wie dies in vergangenen Jahren der Fall war, solange sich nicht aus anderen weltpolitischen Ursachen eine ernstliche Kriegsgefahr ergäbe. Für eine solche Entwicklung gäbe es aber gegenwärtig keinerlei Anzeichen.

Zum Schluss wurde der Korrespondent darauf verwiesen, dass für kommenden Samstag eine Rundfunkrede angesagt sei, die sich sicherlich als gute Informationsquelle über die Auffassung der Österreichischen Außenpolitik zur gegenwärtigen Lage eignen werde."

- . - . - .